

**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax : (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 14.06.2016

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Soziales und Senioren vom 09.06.2016****Neufassung****öffentlich****4.2 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
0438/2016****TOP 4.2 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
AN/1087/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold berichtet, dass die gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktionen von der Verwaltung dringlich zu einem Fachgespräch am Donnerstag vor Pfingsten zum Drogenhilfeprojekt eingeladen worden seien. Hintergrund sei gewesen, dass die Verwaltung beabsichtigte, die Vorlage als DE (Dringlichkeits-Entscheidung) beschließen zu lassen. Grund für die Dringlichkeit sei, dass der Eigentümer der in Aussicht genommenen Räumlichkeiten zum 01. Juni 2016 einen Mietvertrag haben wolle, ansonsten würde er die Räumlichkeiten anderweitig vermieten.

Der Wunsch der Politik in diesem Fachgespräch war jedoch, dass lediglich über die Anmietung der Räumlichkeiten am Neumarkt per DE entschieden werden sollte, da alle die Notwendigkeit eines Drogenhilfekzeptes am Neumarkt überzeugt waren. Über die Konzeption sollte dann aber in den zuständigen Ausschüssen noch inhaltlich diskutiert werden, dass es hier von verschiedenen Seiten noch Klärungsbedarf gebe.

Man kam überein, dass die Verwaltung kurzfristig eine DE zur Anmietung vorlegt und die fachpolitischen Sprecher in ihren Fraktion um Zustimmung werben würden.

Die Konzeption würde dann in einer neuen Vorlage in die Beratungsfolge gegeben.

Er stellt fest, dass die DE bis zum heutigen Tage nicht vorliegt und fragt die Verwaltung, ob die Räume überhaupt noch zur Verfügung stünden.

Er sei ein wenig verärgert darüber, dass die Politik (ausschließlich Ehrenamtler) sehr dringlich zu einem Fachgespräch eingeladen wurde, weil eine DE kurzfristig erforderlich sei, um dann festzustellen müssen, dass diese DE bis zu heutigen Tage nicht vorliege.

Frau Baum antwortet, dass die Dringlichkeitserklärung wegen der Absprache unterschiedlicher Dienststellen der Verwaltung, zu einer Verzögerung geführt habe. Diese sei jedoch jetzt bei der Oberbürgermeisterin in der Schlusszeichnung und werde die Politik in den nächsten Tagen erreichen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, dass die Politik zukünftig erst eingebunden werden solle, wenn eine einheitliche Verwaltungsmeinung vorliege. Er stellt fest, dass die vorliegende Vorlage immer noch identisch mit der alten Vorlage sei und die Absprache der unterschiedlichen Dienststellen noch nicht in die Vorlage eingearbeitet worden sei. Er fragt, ob die Politik in der heutigen Sitzung die Vorlage verändern solle.

Frau Gärtner sagt, dass die federführenden Gesundheitspolitiker erst nach dem Sozialausschuss beraten werden. Für sie sei es eine Vorlage in zwei Teilen. Den Standort am Neumarkt würde die CDU heute gerne beschließen. Über die inhaltlichen Fragen zum Konzept und den Änderungsantrag der SPD möchte sie heute nicht abschließend entscheiden. Ihr sei bewusst, dass es auch in den Stadtteilen Mülheim und Kalk Handlungsbedarf gebe, aber die CDU wolle heute nicht drei Standorte beschließen. Sie stellt fest, dass in dem Änderungs-Antrag kein Deckungsvorschlag gemacht wurde. Die Kosten für Mülheim und Kalk müssten von der Verwaltung noch einmal dargestellt werden. Dies könne jedoch nicht dazu führen, dass der Standort Neumarkt heute nicht beschlossen werde. Inhaltlich solle die Vorlage dann im Gesundheitsausschuss diskutiert werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die DE zur Miete unmittelbar bevorstehen würde. So müsse dazu heute im Sozialausschuss kein Beschluss gefasst werden. Eine Ratsentscheidung sei höherwertiger als das Votum eines Fachausschusses. Er schlägt vor, die gesamte Vorlage heute nicht zu beschließen.

Frau Hoyer schließt sich der Sichtweise des Vorsitzenden Herrn Paetzold an. Sie sehe die Probleme auch heute noch bei der konzeptionellen Frage. Sie könne nicht vorhersagen, ob dieses Konzept im Gesundheitsausschuss beschlossen werden könne. Die personelle Frage und der Beratungsansatz seien noch nicht annähernd geklärt. Es seien einfach noch zu viele Fragen offen, um heute diese Vorlage zu beschließen. Sie sehe jedoch einen großen Handlungsbedarf am Neumarkt und möchte für diesen Standort zeitnah eine Lösung.

Frau Dahlheim erläutert, dass es sich um einen Realisierungsvorschlag für ein Objekt mit groben Rahmenbedingungen handeln würde, welches auch mit den Trägern abgestimmt sei. Dies sei vor dem Hintergrund der geltenden Landesverordnung zum Betrieb von Drogenkonsumräumen umzusetzen. Bei dem Verwaltungsvorschlag würde es sich nicht um ein inhaltliches Konzept handeln. Dies würde im Anschluss mit den Trägern geregelt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob der Realisierungsvorschlag mit den Fachträgern abgestimmt wurde.

Frau Dahlheim antwortet, dass in Gesprächen mit den Trägern ein inhaltlicher Austausch stattgefunden und ein gemeinsamer Konsens erzielt werden konnte. Zunächst sei der notwendige Bedarf für ein Drogenhilfeangebot am Neumarkt, mit Kontaktladen, mit Drogenkonsumraum, Beratung, Tagesstruktur und mit medizinischer Hilfe festgestellt worden. Ein Konzept, wie die inhaltlichen Abläufe in so einer Einrichtung

tung aussehen sollen, sei noch nicht festgelegt worden. Dies würde nach Ausarbeitung dem Antrag an das Land NRW entsprechend der Landesverordnung beigelegt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass es für die Politik vorteilhaft gewesen wäre, bei mindestens 800.000,- Euro Ausgaben, mehr als einen Realisierungsvorschlag vorgelegt zu bekommen. Ein inhaltliches Konzept sei in seiner Betrachtungsweise dringend notwendig.

Frau Heuser pflichtet Frau Dahlheim bei, dass es sich nicht um ein Feinkonzept handelt. Der Realisierungsvorschlag sei sehr niederschwellig. Die Grünen würden dieser Vorlage so zustimmen. Sie stellt fest, dass das inhaltliche Konzept später diesem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Sie sehe ebenfalls großen Handlungsbedarf in Kalk und Mülheim. Aufgrund der Lage des Neumarktes als zentraler und Touristenort sah man dort wohl den ersten Aufschlag gegeben. Sie sieht den Bedarf für alle drei Standorte gegeben. Sie empfinde es als konstruktiv, wenn jetzt mit dem Standort Neumarkt begonnen werde.

Frau Dahlheim bestätigt die Aussage von Frau Heuser. Sie ergänzt, dass die Prioritätensetzung am Neumarkt mit den Trägern besprochen worden sei.

Herr Detjen macht darauf aufmerksam, dass es sich hier um den Sozialausschuss und nicht um den Wirtschaftsausschuss handeln würde. Hier müsse man sich um die Belange der Menschen kümmern und nicht um den Tourismus. Der SPD Antrag sei konkreter als die Verwaltungsvorlage. Er schlägt vor, die Vorlagen ohne Votum in den Gesundheitsausschuss zu schieben. Die Standorte Mülheim und Kalk sollten jedoch nicht von der Verwaltung vernachlässigt werden. Er fragt, ob nicht die beiden anderen Standorte mitbeschlossen werden können. Dann wäre der Sozialausschuss seinen inhaltlichen Aufgaben nachgekommen.

Herr Krücker bringt zum Ausdruck, dass er die Diskussion doppelzünftig empfinde. Man könne doch nicht einfach ein neues fachliches Angebot eröffnen, stelle zuerst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen her und erst dann folgt ein inhaltliches Konzept. Dieser Ansatz sei falsch! Zuerst müsse ein inhaltlich, fachliches Konzept erarbeitet werden. Anschließend müssten die Rahmenbedingungen festgelegt werden und daraufhin müsste ein Finanzkonzept greifen. Die festgelegten Standards in der Vorlage unterschreiten die sonstigen Standards in der Kölner-Drogenhilfe deutlich. Ob man dies wirklich will, stellt er in Frage. Er bestätigt, dass Gespräche zwischen Verwaltung und Trägern stattgefunden habe, jedoch kam es nach seiner Erkenntnis nicht zu einem einvernehmlichen Ergebnis über die fachlichen Standards. Zwei Träger der Drogenhilfe lehnen diesen Realisierungsvorschlag ab. Er fragt, wie die Haltung der Polizei zu der Vorlage sei.

Frau Gärtner wiederholt, dass sie diese Vorlage im Gesundheitsausschuss beraten wolle. Sie kündigt an, dass die CDU ebenfalls einen Antrag im Gesundheitsausschuss vorlegen werde. Auch sie bittet um eine Stellungnahme der Polizei. Sie sei über die Aussage von Frau Dahlheim, dass es einen Konsens mit den Trägern gebe, sehr irritiert. Sie hoffe, dass in der nächsten Ratssitzung eine Entscheidung getroffen werden könne.

Herr Peters führt aus, dass die Träger - SKM und Drogenhilfe – einen niederschweligen Zugang befürworten. Er bestätigt, dass es fünf Gespräche mit der Verwaltung gegeben habe, die aber nicht im Konsens geendet seien und es bestehe keine gemeinsame Linie.

Der Vorsitzende Herr Paetzold äußert sich besorgt, dass die eingeplanten 800.000,- Euro für das Realisierungskonzept nicht ausreichend seien. Die SPD möchte nicht, dass ein nicht ausreichendes Konzept zum Drogenkonsumraum umgesetzt werde.

Die SPD möchte keinen DRK light. In einem Drogenkonsumraum werden schwer kranke Menschen behandelt. Hierfür benötige man großen Sachverstand. Es könne nicht darum gehen, dass Menschen von der Straße verschwinden, sondern es gehe darum, diesen kranken Menschen zu helfen. Dafür benötige man ein sehr gutes Angebot. Der SPD seien die kranken Menschen in Kalk und in Mülheim genauso wichtig wie die Menschen am Neumarkt. Das vorliegende Zahlenmaterial lässt vermuten, dass z.B in Kalk der Bedarf für die Menschen um einiges größer ist als am Neumarkt. Er fragt, woher die Priorisierung für den Neumarkt herkomme. Die Stärkung des Tourismusstandortes sei nicht das Ziel der Sozial- und Gesundheitspolitik der SPD.

Frau Hoyer sagt, dass für alle Standorte wieder mehr Geld veranschlagt werden müsse. Sie möchte den Einstieg aber zeitnah am Neumarkt, weil dort ein besonderer Handlungsbedarf sei. Dies habe nicht mit einer mangelnden Wertschätzung gegenüber den Menschen in Kalk oder Mülheim zu tun. Sie spricht sich dafür aus, dass der vorliegende Realisierungsvorschlag schnellstmöglich durch ein inhaltliches Konzept ergänzt werde. Sie erinnert daran, dass ihr vor einigen Jahren von der Verwaltung gesagt wurde, dass der Drogenkonsumraum im rechtsrheinischen eingestellt werde, weil kein Bedarf ermittelt wurde. Sie schlägt eine langfristige Handlungs- und Perspektivplanung vor.

Der Vorsitzende Herr Paetzold klärt auf, dass der Drogenkonsumraum in der Siegburgerstr. geschlossen wurde, weil er zum einen ortsmäßig ungünstig lag und die Substitution mit Methadon damals zugenommen habe. Bis zum 01.01.2016 durften substituierte Drogenabhängige einen Drogenkonsumraum nicht nutzen. Der Konsum von Heroin durch Substituierte sei besonders risikoreich. Ihm sei lieber, dass die betroffenen Menschen dies unter Aufsicht eines Rettungsassistenten machen würden. Deshalb begrüßt er, dass mittlerweile auch Substituierte Drogenkonsumräume nutzen könnten.

Herr Detjen bemerkt, dass er es kritisch sehe, wenn zwei Träger der Drogenhilfe den vorliegenden Realisierungsvorschlag nicht unterstützen würden. Er bittet die Verwaltung, die Bedenken der Träger und der Polizei schriftlich niederzulegen und dem Gesundheitsausschuss zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold merkt an, dass die Bedenken der Polizei mit in die Vorlage der DE eingearbeitet werden.

Frau Hollmann sagt, dass in Kalk ebenfalls Touristen vor Ort seien.

Frau Heuser sagt, dass auch für sie die Hilfe der Menschen im Vordergrund stehe.

Herr Klausning fragt Frau Dahlheim;

- was die inhaltliche Bestimmung in der Vorlage sei,
- wie kommen die finanziellen Zahlen zustande,
- wie sehen die Standards aus
- er fühlt sich von der Verwaltung schlecht informiert und hätte klare Aussagen über den inhaltlichen Ansatz der Verwaltung. Die Politik entscheidet und nicht die Verwaltung.

Frau Dahlheim antwortet, dass die Vorgabe sei, ein komplexes Angebot mit verschiedenen Hilfen bereitzustellen. Diese Vorgaben seien im Realisierungsvorschlag angegeben. Z.B. dass der Drogenkonsumraum zu bestimmten Tageszeiten geöffnet sei. Die Schwerpunkte einer solchen Einrichtung seien vorgegeben, die Feinjustierung bedürfe einer gemeinsamen Abstimmung mit den Trägern. Dies werde auch in dem Realisierungsvorschlag niedergelegt. Der Bedarf und die Standards einer sol-

chen Ausstattung seien über die Landesvorgaben der Drogenkonsumraumverordnung festgelegt. Zusätzlich gebe es Erfahrungswerte die darlegen wie Abläufe und Personal zu regeln sei. Da die Räume zur Anmietung zur Verfügung stünden, konnte der Personaleinsatz hervorragend auf die vorhandenen Räume abgestimmt werden. Die Standards entsprächen denen in anderen Konsumräumen wie z.B. im vorhandenen Kölner Drogenkonsumraum. D.h. die Standards im Drogenkonsumraum am Neumarkt sollen genauso sein, wie die Standards im Drogenkonsumraum im Hauptbahnhof.

Herr Peters skizziert, dass es sich um eine hochbrisante Thematik handle. Die Träger haben die Eckpunkte aus den Unterlagen entnommen und diese müssten nun bewertet werden. Er schlägt ein Fachgespräch zu diesem Thema vor.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass der Vorschlag eines Fachgespräches von der Verwaltung aufgenommen werden solle. Hierzu sollten die gesundheitspolitischen Sprecher, die sozialpolitischen Sprecher und die Sprecher des AVR eingeladen werden. Der Termin des Fachgespräches sollte vor dem Termin des nächsten Gesundheitsausschusses sein. Die Vorlage solle in die Beratungsfolge geschoben werden, mit dem Ziel, dass diese Vorlage im Gesundheitsausschuss fachlich diskutiert werde. Die Dringlichkeitsentscheidung (DE) über die Anmietung des Objektes am Neumarkt stehe unmittelbar bevor. Somit müsse der Sozialausschuss heute auch nicht beschließen. Alle demokratischen Parteien (SPD/CDU/Bündnis90/Die Grünen/Die Linke/Die FDP) sind sich einig, dass die Stellungnahme der Polizei in der DE aufgeführt sein muss. Sonst könnten die demokratischen Parteien keine Zustimmung zu der DE geben. Der Änderungsantrag der SPD Fraktion wird ebenfalls in die Beratungsfolge geschoben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für die intensive Diskussion und ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Vorlagen (Beschlussvorschlag der Verwaltung und Änderungsantrag SPD) zur weiteren Beratung in die Gremienfolge zu verschieben. Die Verwaltung wird gebeten, ergänzende Informationen bis spätestens zum Gesundheitsausschuss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**